



Position der UB zur Massentierhaltung

Anlass für die UB, sich mit dem Thema Massentierhaltung zu beschäftigen, ist die Welle der Agrarindustrialisierung, die jetzt auch das Celler Land erfasst.

Allein für den geplanten gigantischen Hühnerschlachthof in Wietze werden mittelfristig in einem Radius von etwa 100 km über 400 Mastställe mit jeweils etwa 40.000 Hühnermastplätzen entstehen.

Dazu kommen immer mehr und immer größere Mastställe für Schweine und andere Nutztiere. Eine Schweinemastanlage für 6.100 Schweine gilt dann als „normal“.

Was wir wollen:

1. Wir wollen Vielfalt, Gerechtigkeit und Arbeitsplätze in ländlichen Regionen. Privilegien für industrielle Tierhaltung müssen abgeschafft werden.

Daher fordern wir von der Bundesregierung, das Privileg für das Bauen im Außenbereich auf die bäuerliche, flächengebundene Tierhaltung zu begrenzen (Als „bäuerlich“ definieren wir: 50 % des benötigten Futters stammt von hofeigenen Flächen).

Tierhaltungen ohne direkte Flächenbindungen und Anlagen, die eine Umweltverträglichkeitsprüfung oder eine Genehmigung nach Bundesimmissionsschutzgesetz erfordern, sind vom Bauprivileg auszuschließen. Die Beteiligungsrechte der Öffentlichkeit und der Kommunen müssen dabei gestärkt werden.

2. Wir fordern von der Bundesregierung, die Standards für den Umwelt- und Tierschutz in der Tierhaltung deutlich zu verbessern. Die Bundesregierung muss einen Tierschutz-TÜV für Stallbauten und ein entsprechendes Zulassungsverfahren für alle Tierarten einrichten.

3. Wir fordern von der Bundesregierung und der EU-Kommission eine verbindliche Kennzeichnung der Tierhaltungsform auf Fleisch- und Milchprodukten.

4. Agrarsubventionen darf es nur für höhere Standards im Tier- und Umweltschutz geben. Wir fordern von Bund und Ländern, die bisherigen schädlichen Subventionen zu stoppen und die Investitionsförderung für Tierhaltungen strikt an die Verbesserung der Standards im Tier- und Umweltschutz zu koppeln

Staatliche Förderung für verarbeitende Unternehmen muss zugunsten der handwerklichen und regionalen Verarbeitung umverteilt werden und die Produktion besonders nachhaltiger Qualitäten befördern.

5. Überproduktion muss abgebaut werden. Exportsubventionen müssen gestrichen werden, um die bäuerliche Agrarwirtschaft in den Entwicklungsländern nicht zu schädigen.

Wir fordern von der Bundesregierung und der EU-Kommission, die Tierhaltung in Deutschland und Europa wieder aus der Industrie auf die Bauernhöfe zu holen, sie auf klima- und tiergerechte Verfahren umzustellen und damit die Überproduktion abzubauen.

6. Wir wollen heimische Futtermittel ohne Gentechnik. Wir fordern von der Bundesregierung und der EU-Kommission eine Strategie zur Sicherung der Selbstversorgung mit heimischen Futtermitteln. Tierische Lebensmittel, die mit gentechnisch veränderten Futtermitteln erzeugt wurden, müssen verbindlich gekennzeichnet werden.

Unser Fazit:

Für eine zukunftsfähige und nachhaltige Nutztierhaltung auf bäuerlichen Betrieben – gegen Agrarfabriken.